

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Gemeinsame Euregio-Aktionen für Verkehrsentlastung auf Brennerachse](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Neue Vorschriften zum Einfrieren und Einziehen von Vermögenswerten](#) 3
- [EU-Parlament evaluiert EU-Strategie für den Alpenraum \(EUSALP\)](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Mário Centeno beginnt Mandat als Präsident der Eurogruppe](#) 4

Europäische Kommission

- [Eine europäische Strategie für Kunststoffe](#) 5
- [Kommission erhöht Mittel zur Absatzförderung europäischer Agrarerzeugnisse](#) 5
- [Investition in Weltklasse-Supercomputer](#) 6
- [Kommission stoppt Pläne der Medienbehörde KommAustria](#) 6

Ausschuss der Regionen

- [AdR-Präsident warnt vor Kürzungen bei der Kohäsionspolitik](#) 7

Sonstiges

- [EU-Rechnungshof prüft EU-Tierschutzmaßnahmen](#) 8
- [Kommission und EIB müssen regionale Unterstützung JASPERS verbessern](#) 8
- [Neue EU-Regeln im Zahlungsverkehr](#) 9
- [Diskussion über zweites Brexit-Referendum entfacht](#) 9

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 11

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 12

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 12

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

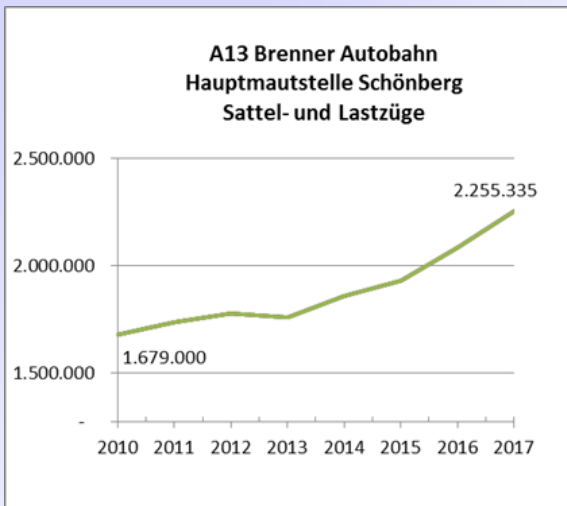
Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Gemeinsame Euregio-Aktionen für Verkehrsentslastung auf Brennerachse

Bei der Euregio-Vorstandssitzung am 15. Jänner in Südtirol haben die drei Landeshauptleute Günther Platter, Arno Kompatscher und Ugo Rossi ein [gemeinsames Strategiepapier für die Verkehrspolitik](#) beschlossen. Ziel ist ein nachhaltiges Verkehrsmanagement auf der Brennerachse.



„Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt für das gemeinsame Strategiepapier“, waren sich die Landeshauptleute einig. Die Verkehrsbelastung entlang der Brennerachse sei in den letzten Jahren stark angestiegen. So haben im Jahr 2017 bspw. 2,2 Mio. LKW den Brenner auf der Straße passiert. Die Kapazitätsgrenze der Infrastruktur sei damit erreicht bzw. überschritten.

Vor diesem Hintergrund hob LH Platter hervor, dass es eine Einigung für eine Korridormaut gebe. Die Korridormaut müsse dabei laut Strategiepapier in ihrem Ausmaß mit anderen alpenquerenden Transitstrecken vergleichbar und angemessen sein. Zudem müsse bei der Ausarbeitung der betreffenden Rechtsnormen und deren Anwendung die Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Institutionen Berücksichtigung finden. Auf dem gesamten Korridor soll eine Telemautabrechnung eingeführt werden.

Ein weiterer Punkt ist die Rollende Landstraße (RoLa), für die es eine Harmonisierung und technische Eingriffe an den Terminals in Regensburg, Trient und Verona für noch effizienteres Umladen brauche. Betreffend Blockabfertigung wurde im Papier dargelegt, dass verkehrsbeschränkende Maßnahmen (wie z. B. die Einsetzung eines Dosiersystems) für ausdrücklich zulässig erachtet werden. Auch eine Reduzierung des Umweg-Transitverkehrs um ein Drittel wird bis 2020 angepeilt.

Mit der Euregio-Strategie zur Verkehrsverlagerung will die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino außerdem das Verkehrsmonitoring ([iMonitraf](#)) weiterführen und überprüfen, ob eine mögliche Lkw-Obergrenze sinnvoll und machbar ist.

Der Inhalt des Strategiepapiers soll Grundlage der Diskussionen beim Verkehrsgipfel am 5. Februar in München mit den Verkehrsministern von Deutschland, Italien und Österreich bilden.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Neue Vorschriften zum Einfrieren und Einziehen von Vermögenswerten

Am 15. Jänner hat der EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten seine Position betreffend den [Verordnungsvorschlag der Kommission über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen](#) festgelegt. Das Eigentum von StraftäterInnen in einem anderen Mitgliedstaat soll einfacher eingefroren bzw. beschlagnahmt werden können.

Im Detail enthält der vereinbarte Text kürzere Fristen sowie ein Standardzertifikat zur Beschleunigung der Verfahren. Zusätzlich wird der Umfang der Vermögenswerte, die beschlagnahmt oder beschlagnahmt werden können, erweitert.

Im Übrigen sollen Opfer einer Straftat die Ersten sein, die bei der Verteilung der beschlagnahmten Vermögenswerte eine Entschädigung erhalten. Konfiskationen im Wert von mehr als 10.000 Euro würden zwischen dem ausstellenden und dem vollziehenden Mitgliedstaat im Verhältnis 70 zu 30 % geteilt werden.

[Mehr Informationen](#)

EU-Parlament evaluiert EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Bei der Plenartagung am 16. Jänner in Straßburg stimmten die EU-ParlamentarierInnen den [Bericht über die Umsetzung der makroregionalen Strategien \(MRS\) der EU](#) ab. MRS sind ein neuer Politikansatz für Gebiete, die mehrere Verwaltungsregionen umfassen, aber eine Vielzahl von gemeinsamen Themen aufweisen.

In dem Bericht wird festgehalten, dass MRS einen innovativen Beitrag zur länderübergreifenden, sektorübergreifenden und auf vielen Ebenen stattfindenden Zusammenarbeit in Europa leisten. Des Weiteren würden MRS dazu beitragen, die Vernetzung auszubauen und die Wirtschaftsbeziehungen und den Wissenstransfer zwischen den Regionen und Ländern zu konsolidieren.

2018 führt das Land Tirol für ein Jahr den Vorsitz in der [EU-Strategie für den Alpenraum](#)

[\(EUSALP\)](#). Diesbezüglich wurde von [MEPs](#) festgehalten, dass dies eine echte Chance sei, konkrete Projekte auf den Weg zu bringen, die einen Mehrwert vor Ort haben. Denn vor Ort weiß man besser, was genau benötigt wird.

Die Auftaktveranstaltung zur Tiroler EUSALP-Präsidentschaft wird am 7. Februar im Congresspark Igls stattfinden.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Mário Centeno beginnt Mandat als Präsident der Eurogruppe

Am 13. Jänner hat der portugiesische Finanzminister Mário Centeno den vorangehenden Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem abgelöst, der seit 2013 im Amt war.

Im Zuge der Amtsübergabe betonte Centeno, dass gegenwärtig ein einzigartiges Zeitfenster existiere, um die Währungsunion zu vertiefen und die gemeinsame Währung widerstandsfähiger gegen künftige Krisen zu machen. Er werde keine Mühen scheuen, um den notwendigen Konsens herbeizuführen.

Im Rahmen der Euro-Gruppe treten die MinisterInnen der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, zu informellen Sitzungen zusammen. Die Amtszeit von Centeno beträgt zweieinhalb Jahre. Das erste Treffen der Eurogruppe unter dem Vorsitz von Herrn Centeno wird am 22. Jänner in Brüssel stattfinden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Eine europäische Strategie für Kunststoffe

Am 16. Jänner hat die Kommission ihre Strategie für Plastik ([in Englisch](#)) angenommen. Sie soll die Umwelt vor der Belastung durch Kunststoffe schützen und gleichzeitig Wachstum sowie Innovation fördern.

Zu viele Kunststoffe werden nur einmal genutzt, bevor sie weggeworfen werden. Sie landen in der Umwelt und verschmutzen diese für Hunderte von Jahren. Gleichzeitig verliert die Wirtschaft eine wertvolle Ressource. Schätzungen zufolge verbleiben nur 5 % des Werts in der Wirtschaft. Die jährlichen Kosten belaufen sich damit auf 70 bis 150 Mrd. Euro.

Im Rahmen der neuen Strategie will die EU deshalb (i) Recycling zu einem lohnenden Geschäft machen, (ii) Kunststoffabfälle eindämmen, (iii) die Vermüllung der Meere aufhalten, (iv) Investitionen und Innovationen mobilisieren sowie (v) einen Wandel in der ganzen Welt bewirken.

Konkret sollen ab 2030 alle Kunststoffverpackungen auf dem EU-Markt recyclingfähig sein. Der Verbrauch von Einwegkunststoffen soll reduziert und die absichtliche Verwendung von Mikroplastik beschränkt werden.

Im Detail wird die Kommission u.a. Arbeiten zur Überarbeitung der [Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle](#) einleiten sowie Leitlinien für die getrennte Sammlung und Sortierung von Abfällen ausarbeiten. Der detaillierte Maßnahmenkatalog und dessen zeitliche Planung sind im Anhang der Strategie bestimmt ([in Englisch](#)).

[Mehr Informationen](#) sowie [Fragen & Antworten](#)

Kommission erhöht Mittel zur Absatzförderung europäischer Agrarerzeugnisse

Am 12. Jänner hat die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur weltweiten Förderung des Absatzes von EU-Agrarerzeugnissen veröffentlicht. In Summe stehen Mittel in Höhe von 169 Mio. Euro bereit, 27 Mio. Euro mehr als 2017.

Zwei Drittel der Mittel sind für die Förderung des Absatzes von EU-Lebensmittelezeugnissen in Nicht-EU-Ländern (wie z. B. Kanada, Japan, China, Mexiko und Kolumbien) vorgesehen. Mit dem restlichen Teil sollen Programme innerhalb der EU gefördert werden. Dies umfasst insbesondere die Information von VerbraucherInnen über die verschiedenen EU-Qualitätsregelungen und über Logos für geografische Angaben und Bio-Erzeugnisse. Spezielle Unterstützung erhalten auch Programme zur Förderung einer nachhaltigen Schaf- und Ziegenhaltung.

Unterschiedlichste Organisationen (Berufsverbände, Erzeugerorganisationen, Einrichtungen des Agrar- und Lebensmittelsektors) können sich bewerben. Vorschläge müssen bis zum 12. April 2018 [über das entsprechende Portal](#) eingereicht werden. Eine vollständige Liste der Prioritäten und verfügbaren Mittel kann [hier](#) abgerufen werden.

[Mehr Informationen](#)



Investition in Weltklasse-Supercomputer

Die Europäische Kommission will in Kooperation mit Mitgliedstaaten in den Aufbau einer europäischen Supercomputer-Infrastruktur investieren. Dazu sollen Investitionen in Höhe von ca. 1 Mrd. Euro getätigt werden. Derzeit zeigen 12 Mitgliedstaaten (darunter nicht Österreich) und die Schweiz Interesse an einer derartigen Investitionsoffensive.

Supercomputer werden benötigt, um die immer größeren Datenmengen zu verarbeiten. Sie entfalten ihren Nutzen für die Gesellschaft in vielen verschiedenen Bereichen, von der Gesundheitsversorgung und erneuerbaren Energien über die Fahrzeugsicherheit bis hin zur Cybersicherheit.

Ein neuer Rechts- und Finanzierungsrahmen in Form des Gemeinsamen Unternehmens

EuroHPC soll den Erwerb, den Aufbau und die Einrichtung einer europaweiten Hochleistungsrecheninfrastruktur ermöglichen. Dieser Rahmen wird auch ein Forschungs- und Innovationsprogramm für die Entwicklung der Technologien und Hardware sowie der Anwendungen (Software) für diese Supercomputer umfassen.

[Mehr Informationen](#)

Kommission stoppt Pläne der Medienbehörde KommAustria

Nach einer zweimonatigen Untersuchung hat die Kommission am 15. Jänner einen Vorschlag der Medienbehörde KommAustria für analoge terrestrische Radiosendungen in Österreich zurückgewiesen. Sie befürchtet Wettbewerbsvorteile für den ORF.

Der Markt für analogen Rundfunk wird in Österreich von einem Betreiber, der Österreichischen Rundfunk Sender GmbH (ORS), dominiert. ORS steht zu 60 % im Eigentum des ORF und zu 40 % im Eigentum der zur Raiffeisen-Gruppe zählenden Medicur Sendeanlagen GmbH.

Die Kommission ist besorgt darüber, dass trotz mangelnder Wettbewerbsentwicklungen im Rahmen des derzeitigen

Regimes eine praktisch unveränderte Reihe von Regulierungsverpflichtungen vorgeschrieben werden. Dies hätte zur Folge, dass der ORF bessere Dienste als seine direkten Wettbewerber erhält und als Mehrheitseigentümer bspw. Einfluss auf die Infrastrukturentwicklung nehmen könnte (z. B. beim Bau von Funkmasten).

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

AdR-Präsident warnt vor Kürzungen bei der Kohäsionspolitik

AdR-Präsident Lambertz hat sich in die Debatte rund um den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) eingebracht. Er warnt vor einer zentralisierten, geteilten und auf dem Auge der Regionalpolitik blinden EU.

Er wirft die Frage auf: „Wollen wir wirklich ein Europa mit weniger Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitsuchende, weniger Infrastruktur für nachhaltigen Verkehr, weniger Energieeffizienz im sozialen Wohnungsbau, weniger Breitbandversorgung für ländliche Räume und weniger Integrationsmöglichkeiten für Migranten?“ „Sollte dies die Lösung sein für die Quadratur des Kreises, d. h. für das Haushaltsloch, das durch den Brexit und den neuen Finanzbedarf für Verteidigung, Sicherheit und Migration gerissen wird, dann ginge die Union eindeutig in die falsche Richtung.“

Für Lambertz sind Mittel für die Kohäsionspolitik Investitionen in die BürgerInnen. Bei einer reduzierten Kohäsionspolitik sei das europäische

Aufbauwerk gefährdet. Die Gräben zwischen Ost und West, Nord und Süd, städtischen und ländlichen Gemeinden würden sich vergrößern.

Zuletzt fordert er die Mitgliedstaaten auf, jene Finanzmittel bereitzustellen, welche die EU für die Bewältigung neuer Aufgaben wie Verteidigung, Sicherheit und Migration benötigt. Dafür sollten sowohl die nationalen Beiträge erhöht als auch die Einführung neuer Eigenmittel-Instrumente wie Steuern auf CO₂, auf die Tätigkeiten großer Internetunternehmen und auf Finanztransaktionen nicht länger blockiert werden.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

EU-Rechnungshof prüft EU-Tierschutzmaßnahmen

Am 9. Jänner hat der Europäische Rechnungshof ein Hintergrundpapier über die EU-Maßnahmen im Tierschutzbereich veröffentlicht (siehe [in Englisch](#)). Konkret geht es um EU-Rechtsvorschriften zur Einhaltung des Tierschutzes und um die Abstimmung mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Das Hintergrundpapier beruht auf derzeit laufenden Prüfungsarbeiten. Die Prüfung beschränkt sich auf landwirtschaftliche Nutztiere, auf die sich der Großteil der einschlägigen EU-Normen bezieht. So werden in der EU ca. 4,5 Milliarden Hühner, Legehennen und Puten und etwa 330 Millionen Kühe, Schweine, Ziegen und Schafe gehalten. Bei der Prüfung wird die Haltung, der Transport und die Schlachtung dieser Tiere untersucht.

Für den Zeitraum 2014-2020 wurden im Rahmen der GAP Mittel in Höhe von rund 1,5 Mrd. Euro für Tierschutzmaßnahmen bereitgestellt. Die Maßnahmen sollen zu einem Maß an Tierschutz beitragen, das über die auf EU- und auf nationaler Ebene geltenden Mindestanforderungen hinausgeht. Der finale Bericht soll Ende 2018 veröffentlicht werden.

[Mehr Informationen](#)

Kommission und EIB müssen regionale Unterstützung JASPERS verbessern

In einem am 11. Jänner veröffentlichten [Bericht](#) gelangt der EU-Rechnungshof zur Einschätzung, dass die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) verwaltete EU-Initiative [JASPERS](#) erhebliche Schwachstellen aufweist.

Die "Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen" (Joint Assistance to Support Projects in European Regions, JASPERS) soll die der EU seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten bei der Beantragung von Kohäsions- und Regionalfondsmitteln unterstützen.

Gemäß den Untersuchungen konnte JASPERS zwar zu einer rascheren Projektgenehmigung beitragen, wirkte sich aber nicht auf die Ausschöpfung von EU-Mitteln aus. Deshalb sind die EU-Prüfer der Auffassung, dass die von JASPERS geleistete Unterstützung besser ausgerichtet werden muss.

[Mehr Informationen](#)



Neue EU-Regeln im Zahlungsverkehr

Mit dem 13. Jänner ist die neue [Zahlungsdienste-Richtlinie](#) (Payment Services Directive 2, PSD2) in Kraft getreten. Elektronische Zahlungen für Waren und Dienstleistungen werden dadurch kostengünstiger, einfacher und sicherer.

Im Mittelpunkt der neuen Vorschriften steht das Verbot von Aufschlägen bei Zahlungen mit Kredit- oder Debitkarten. Demnach dürfen HändlerInnen künftig keinen Aufpreis von KundInnen verlangen, wenn diese mit Karten, per Überweisung und Lastschrift im Geschäft oder online bezahlen.

Weitere Ziele der Neuregelung sind die Einführung strenger Sicherheitsanforderungen für elektronische Zahlungen

sowie für den Schutz der Verbraucherfinanzdaten. Auch Verbraucherrechte in zahlreichen Bereichen werden verbessert. Dazu zählen eine reduzierte Haftung für nicht autorisierte Zahlungen und die Einführung eines bedingungslosen Erstattungsrechts („ohne Fragen“) für Lastschriften in Euro.

[Mehr Informationen](#)

Diskussion über zweites Brexit-Referendum entfacht

In Großbritannien ist die Debatte über ein zweites EU-Referendum erneut entfacht worden. Anlass dafür waren Äußerungen von Brexit-Befürworter Nigel Farage.

Farage will unter Umständen erneut über den Ausstieg seines Landes aus der EU abstimmen lassen: "Vielleicht – nur vielleicht – erreiche ich den Punkt, dass ich denke, wir sollten eine zweite Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft haben." Das würde die Debatte ein für alle Mal beenden, so Farage. "Der Prozentsatz, der für den Austritt stimmen würde, wäre beim nächsten Mal sehr viel größer."

Während Regierungsmitglieder die Idee entschieden zurückwiesen, wurde sie von einigen proeuropäischen Parteien und BürgerInnen befürwortet. Sie wittern eine Chance, den britischen Austritt aus der EU noch ganz zu stoppen.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur Initiative der EU für Bestäuber](#)

Umwelt

11 Januar 2018 - 5 April 2018

[Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Werte und Mobilität](#)

Verbraucherschutz, Kultur und Medien, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, etc

10 Januar 2018 - 8 März 2018

[Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich der Kohäsion](#)

Regionalpolitik, Beschäftigung und Soziales, Soziale Inklusion, etc

10 Januar 2018 - 8 März 2018

[Öffentliche Konsultation zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten](#)

Gesundheit

21 Dezember 2017 - 15 März 2018

[Reduzierung von Meeresmüll: Maßnahmen für Einwegkunststoffe und Fanggeräte](#)

Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Klimaschutz

15 Dezember 2017 - 12 Februar 2018

[Verbesserung der Sicherheit für Eisenbahnpassagiere](#)

Verkehrsthemen

8 Dezember 2017 - 16 Februar 2018

[Bewertung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel](#)

Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt, etc.

7 Dezember 2017 - 1 März 2018

[Öffentliche Konsultation zu Arzneimitteln in der Umwelt](#)

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, etc.

22 November 2017 - 21 Februar 2018

[EU-Konsultation zu CO2-Ausstoß von LKW](#)

Klimaschutz, Unternehmen und Industrie

20 November 2017 - 29 Januar 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Forschung & Innovation; Umwelt

Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlbefinden	International flagship collaboration with Canada for human data storage, integration and sharing to enable personalised medicine approaches	18.04.2018	€ 40.000.000
Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlbefinden	New anti-infective agents for prevention and/or treatment of neglected infectious diseases (NID)	06.02.2018 04.09.2018	€ 52.000.000
Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlbefinden	Innovation platforms for advanced therapies of the future	18.04.2018	€ 54.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Patrick Raschner

Abbildungsverzeichnis

[http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?
news_action=300&news_image_id=975799](http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?news_action=300&news_image_id=975799)

[http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?
news_action=4&news_article_id=605101#](http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?news_action=4&news_article_id=605101#)